

Presseinformation

10. Oktober 2024

Ergebnisse der Landestierschutzreferenten-Konferenz

LR Rosenkranz präsentierte drei Schwerpunkte

Am heutigen Donnerstag informierte Tierschutz-Landesrätin Susanne Rosenkranz bei einer Pressekonferenz über die Ergebnisse der Landestierschutzreferenten-Konferenz in Krems. Die Landesrätin sprach von einer „ausgesprochen guten Landestierschutzreferenten-Konferenz mit guten Diskussionen“, es sei rege und intensiv über Tierschutz diskutiert worden. Man habe Beschlüsse gefasst, die man an die neue Bundesregierung weiterleiten werde, „denn Tierschutz geht uns alle an.“ Hauptthemen waren demnach die Bekämpfung des illegalen Welpenhandels, Tierhalteverbote und Tiertransporte.

„Der illegale Welpenhandel ist ein Millionengeschäft für die Hundemafia“, unterstrich die Landesrätin und sagte weiters: „Uns geht es darum, das traurige Schicksal der Tiere aufzuzeigen und Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, dass hier Tierleid am laufenden Band produziert wird. Diese Tiere leiden meistens an Krankheiten, Fehlstellungen, sind nicht geimpft und nicht gechipt. Die Menschen sind mit diesen Tieren dann meistens überfordert und viele Tiere landen oftmals in Tierheimen.“ Die Konferenz fasste daher Beschlüsse zur Verhinderung des illegalen Welpenhandels. Niederösterreich habe dahingehend mit der Tierschutz-Taskforce seit rund einem dreiviertel Jahr eine „schnelle Eingreiftruppe“, die bereits einen Welpenhandelring aufgedeckt habe. „Wir tun, was wir können. Aber es ist nie genug“, sagte sie.

Der zweite große Verbesserungspunkt liege laut Rosenkranz im Tierhalteverbot nach Diversion. Sollte ein Tierhalter aufgrund von Verfehlungen in der Tierhaltung eine Diversion zugesprochen bekommen, können Verfahren lange dauern, ohne dass sich die beanstandeten Zustände geändert hätten. „Das ist nicht im Sinn des Tierschutzes“, betonte Rosenkranz, die sich dafür aussprach, den zuständigen Behörden ein früheres Einschreiten zu ermöglichen und bereits bei der ersten Beanstandung ein Tierhalteverbot aussprechen zu können.

Im Hinblick auf Tiertransporte meinte Rosenkranz, dass man das Ziel haben müsse, „dass Langstreckentransporte generell nicht mehr stattfinden, weil sie aus wirtschaftlicher Sicht unattraktiv und aus tierethisch-moralischer Sicht schlichtweg abzulehnen sind.“ Es sei durch die neue Verordnung zwar ein „erster Schritt“

Presseinformation

gemacht worden, aber es müsse weitergearbeitet werden.

Man habe sich bei der Konferenz zudem darauf geeinigt, an den Bund mit der Bitte heranzutreten, eine Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne zur Kastrationspflicht für Katzen durchzuführen. Auch das Land Niederösterreich werde im nächsten Jahr dahingehend einen Schwerpunkt setzen. Weiters brauche es, so die Landesrätin, verbesserte Regelungen im Erbrecht, damit bei fehlendem Testament die Tiere nicht im Tierheim landen würden.

Nähere Informationen beim Büro Landesrätin Mag. Susanne Rosenkranz unter 0664 125 3146, Martin Glier, und E-Mail martin.glier@fpoe.at



Tierschutz-Landesrätin Susanne Rosenkranz bei der Pressekonferenz nach der Tierschutzreferenten-Konferenz in Krems.

© NLK Pfeiffer

Weitere Bilder



Landesrätin Susanne Rosenkranz übergab den Vorsitz der Landestierschutzreferenten-Konferenz an den oberösterreichischen Landesrat Michael Lindner.

© NLK Pfeiffer